

zunge, die die Halbinsel Kwangtung mit der Mandchurie verbindet, den Japanern in die Hände gefallen sind. — Wir tragen noch einige Einzelheiten über die Kämpfe bei Kinschow und Taliens-Bau nach. In Kinschow leisteten die Chinesen nur schwachen Widerstand. Als die Japaner die Außenforts genommen hatten, ergriffen sie die Flucht, alles in dem Platte lassend, Karouen, Vorräthe, Eisen etc. der Offiziere. Eine Menge Japaner fiel in die Hände der Sieger. In Taliens-Bau floh die Feigheit der chinesischen Offiziere wie Mannschaften den Japanern Gelb ein, die Chinesen stoben wie Schafe nach Port Arthur und warfen die Waffen auf der Flucht weg. — In den eroberten Südbestritten der Mandchurie beginnen die Japaner sich bereits hässlich einzurichten. Unter dem Schutze der japanischen Regierung ist eine Localregierung in An-tung für das chinesische Land errichtet worden. Die Regierung hat den Chinesen die Steuern auf ein Jahr erlassen. — In China nimmt bei dem planmäßigen Fortschreiten der Japaner und der Ergebnislosigkeit des Anrufens der Mächte die Verwirrung und Kopfschmerz immer mehr überhand. In einer Sitzung des großen Reichsrathes zu Peking am 9. November, dem der Kaiser und Prinz Kung beimohten, wurde beschlossen, die kaiserliche Hof solle die Hauptstadt Peking vor der Belagerung durch die Japaner, die als unvermeidlich betrachtet wird, verlassen. Der Kaiser und der kaiserliche Hof haben denn auch bereits die Abreise nach Sian-fu (Provinz Kiangsi) vorbereitet. — Aus London wird der „Post“ Jg. gemeldet, daß die chinesische Regierung sich nochmals an die Vertreter Englands, Amerikas, Frankreichs und Deutschlands mit dem Ersuchen um Intervention gewandt hat unter dem Hinweis, sie lie bereit, Frieden um jeden Preis zu schließen. Der Correspondent der Londoner „Daily Chronicle“ meldet, die italienische Regierung habe den Mächten vorgeschlagen, Japan zu gestatten nach Peking zu marschiren und die chinesische Hauptstadt zu besetzen, der Waffenstillstand würde dann von selbst notwendig, und Europa könnte dann in Ruhe interveniren. Der amerikanische Gesandte in Tokio übermittelte am Sonntag der japanischen Regierung eine Depesche des Staatssecretärs Gresham, welche besagt, wenn Japan sich dem Ersuchen Chinas um Vermittelung des Präsidenten Giebeland anschließen würde, so wäre dieser bereit, seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen. — Die beiden an Bord des „Sydney“ in Kobe durch japanische Marineoldaten verhafteten Amerikaner sind gegen die Verpflüchtung, sich jeder Unterstützung Chinas zu enthalten, wieder freigelassen worden. Der damals ebenfalls verhaftete chinesische Dolmetscher wurde nach Hiroshima gebracht.

Deutschland.

Berlin, 12. Nov. Gestern früh unternahmen die Majestäten einen gemeinsamen Spazierritt. Nach Rückkehr von demselben empfing der Kaiser den Staatsminister und Staatssecretär des auswärtigen, Frhrn. Marschall von Bieberstein und nahm demnachst die Vorträge des Chefs des Geh. Civilcabinetts, sowie anschließend daran jene der Marine entgegen. Zur Frühstückstafel waren mehrere Herren der Generalynode geladen (nach der „Kreuzztg.“ die beiden Vorliegenden Graf Fieten-Schwerin und Sup. Hoftheater, die sämtlichen Generalinspicienten und die Vorliegenden der Agendecommission; ferner die obersten kirchenregimentlichen Behörden). — Heute beauftragt der Kaiser der Reichstendenzredaktion in Berlin und am Mittwoch jener in Potsdam betzuwohnen.

— Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe soll nach Angabe der „Köln. Jg.“ die Absicht haben, demnachst den Fürsten Bismarck auszusuchen, um „besseren Rath und Sachkenntniß nicht unbenutzt zu lassen.“ Man hoffe auf Anbahnung besserer Beziehungen, da man annehme, daß sich die Aneignung desselben nur auf den Grafen Caprivi bezogen habe. Der Entschluß Hohenlohes, dessen Beziehungen zu Bismarck niemals abgebrochen waren, soll vom Kaiser gebilligt sein. — Reichskanzler Fürst Hohenlohe traf Sonnabend Abend in Straßburg ein, wo er von den Spitzen der Behörden empfangen wurde. Am Sonntag traf auch der neue Statthalter von Elsaß-Lothringen Fürst Hohenlohe-Langenburg in Straßburg ein und begab sich sofort zum Reichskanzler in das Statthalterpalais.

— Die Ernennung eines badischen Gesandten in München und Stuttgart ist mehrfach mit dem Kanzlerwechsel in Verbindung gebracht worden. Dem gegenüber wird von verschiedenen Seiten festgestellt, daß diese Ernennung schon im Sommer ins Auge gefaßt und den maßgebenden Stellen im Reich und in den Einzelstaaten angekündigt war.

— (Zum Ministerwechsel.) Der „Post“

zufolge sollen die Verhandlungen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts in Celle, Schoenstadt, wegen Uebernahme des Justizministeriums zu dem erwünschten Resultat geführt haben. Herr Schoenstadt ist katholisch.

— Der nationalliberale „Hann. Cour.“ schreibt: „Aber wenn Jch. v. Hammerstein auch kein ostpreussischer Agrarier und ruhiger Beurtheiler der Dinge sehr wohl zugänglich ist, seine Ernennung zum Minister bleibt trotzdem in erster Linie ein großer Schritt des Entgegenkommens gegen die agrarische Richtung.“

— (Auch ein Symptom.) Die „Kreuzztg.“ ist bekümmert darüber, daß in der Centrumpresse die oppositionelle Strömung gegen den Fürsten Hohenlohe überhandnimmt. Zur Belehrung derselben bringt sie eine Zuschrift von katholischer Seite, in der es u. a. heißt: „Für das Centrum liegt nicht die geringste Veranlassung vor, den Reichskanzler eher zu bekämpfen, als bis eventuell seine Thaten dazu herausfordern.“ Wird die „Kreuzztg.“ governmental?

— (Reform des Börsenwesens.) Nach dem Stande der Vorarbeiten für einen Gesetzentwurf betr. die Reform des Börsenwesens darf, dem „Reichsanzeiger“ zufolge angenommen werden, daß der Gesetzentwurf dem Bundesrath binnen Kurzem vorgelegt werden könne.

— (22 konservative Wahlmänner) des Landtagswahlkreises Naugard: Regenswalde veröffentlicht die Erklärung, daß die Aufstellung des früheren Reichstagsabg. v. Flügge-Spech als konservativen Kandidaten für die Ergänzung von einer großen Anzahl von Wahlmännern, hinter denen eine noch größere Zahl steht, zu Recht erfolgt sei und aufrecht erhalten werde. Herr v. Flügge-Spech hat das Wahlprogramm von 1892 nicht angenommen.

— Prof. v. d. Goltz über die Lage der Landwirtschaft) In einer soeben ausgegebenen Schrift über die agrarischen Aufgaben der Gegenwart hat der bekannte landwirtschaftliche Schriftsteller, Prof. Th. von der Goltz, Director der Lehranstalt für Landwirthschaft an der Universität Jena, seine Ansicht über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft in einer Reihe von Sätzen zusammengefaßt. Er konstatiert zunächst 1) die fortwährende Steigerung der landwirtschaftlichen Nothproduktion; 2) das Wachstum der Production an Nahrungsmitteln aus dem Thierreich ungefähr in demselben Maßstabe wie das Wachstum der Bevölkerung, während die Getreideproduction weit hinter der Vermehrung der Bevölkerung zurückgeblieben ist. 3) Das Sinken der Getreidepreise und das gleichzeitige Anwachsen der Wirthschaftskosten haben bewirkt, daß die landwirtschaftlichen Reinerträge zurückgegangen sind. Der Rückgang ist aber weber so groß, noch so allgemein gewesen, daß er an und für sich eine genügende und vollständige Erklärung für die ungunstige Lage abgeben könnte, in der sich gegenwärtig zahlreiche deutsche Landwirthe befinden. 4) Schon vor dem Eintritt des Sinkens der Reinerträge war die Lage vieler deutscher Landwirthe eine bedenkliche, und zwar in Folge zu hoher hypothekarischer Verschuldung. Diese wurde vorzugsweise durch Ueberhäufung des Bodenertrages bei Ertheilungen oder Käufen und durch Nichtbeachtung der für die Höhe der zulässigen Belastung maßgebenden Grundriese veranlaßt. Durch das Hinzu kommen des Rückganges der Reinerträge ist dann die jetzige landwirtschaftliche Krise herbeigeführt worden. 5) Auch in der nämlichen Gegend ist die wirthschaftliche Lage der einzelnen Bodenbesitzer eine sehr abweichende. Die Verschiedenheit wird bedingt einerseits durch das Maß von Geschid, Sorgfalt und Sparsamkeit, welches jeder in seiner Wirthschaftsweise und in seiner Lebenshaltung anwendet, andererseits durch die Höhe der Hypothekenschulden, welche jeder zu tragen hat. 6) Die Lage der Großgrundbesitzer ist im Durchschnitt eine ungunstiger, als die der Bauern; sowohl deshalb, weil jene mehr unter den niedrigen Getreidepreisen und den hohen Wirthschaftskosten zu leiden haben, als auch deshalb, weil sie höher verschuldet sind. 7) Zum Theil aus den unter 6 genannten Ursachen, zum Theil wegen der ungunstigeren geographischen und klimatischen Lage befinden sich die Landwirthe in den östlichen und besonders in den nördlichen Gegenden des Deutschen Reiches durchschnittlich in einem gebrückeren Zustande, als die in den mittleren und besonders in den westlichen.

— (Colonialpolitik.) Gegen die Wahöhe hat, wie aus einer Meldung aus Dar-es-Salaam hervorgeht, von der Station Labora aus ein erfolgreicher Vorstoß stattgefunden. Der offizielle Bericht darüber lautet: „Die Compagnie Labora hat am 13. October bei Kongo ein siegreiches Gefecht gegen die Wahöhe bestritten, welche vor der vordringenden Hauptcolonne nach Norden auszuweichen versuchten. Deutscher Seite

ist Lieutenant von Bothmer gefallen, Compagnieführer Herrmann, Lieut. Gallierich, Dr. Preuß, Unteroffizier Richter verwundet. Am 20. October ist Lieutenant Gallierich in Mualala an Dysenterie gestorben.“ — Kongo liegt südlich der ehemaligen Station Unyamvia und westlich von Mwanapa, Mualala nördlich davon an der Karawanenstraße, die von Labora nach der Küste führt. Die Station Labora, die äußerste westliche Station nach dem Tanganyika-See zu, ist ziemlich entfernt von Kongo, in südwestlicher Richtung gelegen. Aus dem Umstande, daß die Wahöhe vor der Hauptexpedition des Oberst Jch. v. Schele zurückgewichen sind, scheint hervorzugehen, daß die Meldung vom Scheitern der Expedition Schele irrtümlich war, und Jch. v. Schele die Verproviantirungs-Schwierigkeiten doch hat überwinden können. Ob der Zug der Mannschaften von Labora vom Gouverneur angeordnet oder ein freiwilliger war, ist aus der fargen Meldung nicht zu ersehen. Unklar ist auch noch durchaus, ob das siegreiche Gefecht eine weittragende Bedeutung hat, ob es gegen die ganze Streitmacht der Wahöhe oder nur einem Theil derselben erzielt ist, und wie groß der Verlust auf Seiten der Feinde ist. Spontentlich bringen über diese Fragen bald nähere Berichte Aufschluß.

Berlin und Umgebung.

□ Halle a/S., 11. Nov. Der Sängerbund an der Saale hielt heute Nachmittag in den „Kaisersälen“ seine ordentliche diesjährige Hauptversammlung ab. Mit Ausnahme der Bundesvereine in Magdeburg, Staßfurt und Lützen waren sämtliche Bundesvereine und der Gesamtbundesvorstand vertreten. Nach einigen begründeten Worten des Bundesvorsitzenden, Herrn Buchdruckereibesitzer R. Wolff-Halle, erbatete derselbe den Jahresbericht pro 1893/94, aus dem zu entnehmen ist, daß der Bund nach Ausscheiden des Gesangsvereins „Melodia“ in Merseburg noch aus 16 Niederstufen mit zusammen 346 aktiven und 453 passiven Mitgliedern besteht. Drei Niederstufen, nämlich der Bürger-Gesangsverein zu Merseburg, der Bürger-Schützen-Gesangsverein eben daselbst und der Männer-Gesangsverein zu Schkeuditz feierten in diesem Jahre ihr 50jähriges Bestehen, aus welchem Anlaß der Bund denselben eine Aufmerksamkeit in Form eines goldenen Fahnen nagels verehrte. Derselbe Aufmerksamkeit wurde auch noch nachträglich dem Wöhriglichen Gesangsverein in Magdeburg aus gleichem Anlaße zu Theil. Das diesjährige Gesangsfest fand am 8. Juli in Schkeuditz statt, das im Allgemeinen befriedigend verlief. Die Theilnahme der aktiven Sänger am Concert hätte eine bessere sein können, was von Vorstand gerügt und gewünscht wurde, daß für die Folge das Interesse der Sänger an Veranstaltungen des Bundes ein regeres sein möchte. Der im vorigen Jahr gewählte erste Bundesdirigent Herr Lehrer Grigel-Halle hat krankheitshalber sein Amt bald wieder niederlegen müssen, dem Bundesvorstand ist es gelungen, in der Person des Herrn Lehrer Schulze eine tüchtige technische Kraft zu gewinnen, welcher das Gesangsconcert in Schkeuditz dirigirte. Nach Anhörung des Berichtes über die Prüfung der Rechnung pro 1892/94 durch den Vertreter des Bürger-Gesangsvereins in Merseburg wurde dem Rentanten, Herrn Wattenfabrikant Hoffmann-Halle Entlastung erteilt. Die Rechnung pro 1893/94 zeigte in Einnahme 1051,46 Mk., in Ausgabe 600,78 Mk., an Bestand 450,68 Mk. gegen 545,26 Mk. im Vorjahre. Das Gesangsfest in Schkeuditz hat dem Bunde gefostet 321,94 Mk. und hat eingebracht 278,70 Mk. Ueber das Bundesarchiv berichtete Herr Hofbuchbindermeister Schmidt-Halle, der Bestand desselben ist ein guter und wohl geordneter. Das Archiv wurde von den Bundesvereinen mehr in Anspruch genommen, als das früher der Fall gewesen ist. Die Wahl des ersten Dirigenten lenkte sich mit Einstimmigkeit auf Herrn Lehrer Schulze-Halle, der dankend annahm und den Wunsch aussprach, daß es mit dem Bunde besser werden möchte. Zweiter Bundesdirigent bleibt Herr königl. Musikdirector Schumann-Merseburg, während zum dritten Dirigenten Herr Lehrer Stoye-Lauchstädt gewählt wurde. Ebenfalls mit Einstimmigkeit wurden in den Bund aufgenommen die Niederstufen „Arion“-Bernburg und „Salmannia“-Merseburg. Beide Niederstufen wurden in gesunglicher Beziehung und auch sonst als tüchtig charakterisirt. Der Bund zählt nunmehr 18 Niederstufen, weitere Meldungen sind in Aussicht gestellt. Beschlossen wurde einstimmig, das nächstjährige Bundesgesangsfest Anfangs Juli in Bernburg abzuhalten und dasselbe auf 2 Tage auszudehnen (weltliches und geistliches Concert). Der dortige Gesangsverein „Arion“ hält zu gleicher Zeit die Weihe seiner Fahne ab. Mit verschiedenen harmonischen Hochs auf den Bund, dessen Vorstand und musikalischen Ausschuß wurde die Versammlung geschlossen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. Nov. (G. T. B.) Der Kaiser hat, wie der Präsident der Generalstabsode Graf Zieten gestern Abend in der Sitzung derselben mittheilte, an den Vorstand der Generalstabsode ein Telegramm gerichtet, in welchem er seiner Freude und seinem Dank Ausdruck giebt über die Annahme der neuen Agenda und in welchen er die Hoffnung ausspricht, die Gemeinden würden durch freiwillige Aneignung der Agenda zur Festigung des ewangel. Glaubens beitragen. Der Kaiser und die Kaiserin sollen sich, wie Graf Zieten weiter mittheilte, beim gefrigen Empfang eines Theiles der Mitglieder der Generalstabsode in gleichem Sinne geäußert haben.

Berlin, 13. Nov. (G. T. B.) Die Aneignung des Justizministeriums ist noch immer nicht erfolgt; mehrere Herren, an die man sich wendete, sollen abgelehnt haben. Die Ernennung des Reichsanwalts Tessenlofer soll auf Wunsch des Reichskanzlers Hohenlohe, der von dieser Ernennung eine Nachwirkung auf die Liberalen fürchtete, unterbleiben sein. Im meisten Ansich hat nach wie vor Präsident des Oberlandesgerichts in Celle, Schönstedt. Ferner heißt es, daß Herr von Boetticher demnach früher oder später zurücktreten werde. Fürst Hohenlohe soll Herrn von Boetticher erklärt haben, daß er ihn zwar gegenwärtig nicht entbehren könne, daß er aber später einem etwaigen Wunsche des Herrn v. Boetticher, auf einen ruhigeren Posten (den eines Oberpräsidenten) sich zurückzuziehen, gern willfahren wolle. Das Stückerische „Volk“ weist mit der Großherzogin von Baden habe die bereits vollzogene gemeinsame Ernennung des Grafen Culenburg zum Statthalter von Elsaß-Lothringen rückgängig zu machen gewünscht, um eine Brückstrang des Grafen Caprivi zu verhindern. Auf seine Anregung sei dann Fürst Hohenlohe-Langenburg ernannt worden.

Erzer, 13. Nov. (G. T. B.) Der Schnellzug Weg-Görlitz ist bei Carlsruhe entgleist. Maschine und Packwagen sind umgekehrt und zertrümmert; der übrige Theil des Zuges wurde durch starkes Bremsen gerettet. Die Strecke ist gekehrt und der Verkehr wird durch Sonderzüge unterhalten.

Petersburg, 13. Nov. (G. T. B.) Die Bemerkung des Kaisers soll, wie nun bestimmt verlautet, am 26. November stattfinden. In hiesigen informirten Kreisen wird das Gerücht vom Rücktritte des Herrn v. Giers und dessen Ersetzung durch Lobanow oder Paul Sguatzeff als vollständig unbegründet bezeichnet. Herr v. Giers genießt das volle Vertrauen des jungen Kaisers, was auch dessen Rundschreiben an die Vertreter Rußlands im Auslande genügend beweise. Ein eventueller Rücktritt des Herrn v. Giers könne deshalb nur dann eintreten, wenn sich der Gesundheitszustand des Ministers wieder verschlechtern sollte. Dagegen behauptet es sich, daß Bobjedonossow's Stellung erschüttert ist und daß derselbe, wie bekannt, nach Moskau übersiedeln wird.

Straßburg i. Elß, 13. Nov. Wie die „Straßburger Post“ meldet, haben Rektor und Senat der hiesigen Universität an den Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe eine in den wärmsten Ausdrücken gepaltene Dankadresse für sein Wirken als Statthalter der Reichsländer gerichtet. Die philosophische Fakultät ernannte den Reichskanzler zum Ehrendoctor.

Paris, 13. Nov. Dem „Gaulois“ zufolge wird im Marineministerium gegenwärtig ein Project von höchster Wichtigkeit, namentlich für England, aber auch für die anderen Seemächte ausgearbeitet, nämlich die Schaffung eines neuen großen Kriegshafens im Kanal zwischen Cherbourg und Havre. Der kleine Ort, wo der Hafen, der Frankreichs Herrschaft im Kanal zu befestigen bestimmt ist, gebaut werden soll, heißt Bort en Veslin.

Rom, 13. Nov. In Biella wurde gestern ein seit Jahresfrist gesuchter Uebelthäter, Namens Gotti, dem vier Todtschläge zur Last gelegt werden, festgenommen. Er gab sechs Revolverkugeln auf die Gensdarmen ab, welche ihn schwer verwundeten. — Die Mailänder Polizei verhaftete den mutmaßlichen Mörder eines Florentiner Kaufmanns Bruglier.

Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts in Staatssteuerfachen.

(Band II, Abtheilung I, Einkommensteuer.)

60. V. A. 412 v. 25. Oct. 1893. Die bilanzmäßige Bilanz eines Geldvertrages aus den Ueberfällen der Actiengesellschaft zur Deckung einer demnach zu erwartenden besonderen Ausgabe ist befehl Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens zusätzlich in Anrechnung zu bringen. (Vgl. Entsch. v. 31. Mai und 10. Juni 1893. II. Nr. 8 und 11.)

Vorliegend handelt es sich um einen erheblichen Betrag, welchen eine Bergbau betreibende Actiengesellschaft in der Bilanz vom 31. Dec. 1890 auf der Passivseite unter der

Bezeichnung „Dispositionscapital, besondere Reserve“ eingestuft hat und welcher zu Verwendungen, für Sicherung des unterirdischen Betriebes, u. A. zur demnachstigen Deckung der Anschaffungskosten für eine neue Aufschaltungsmaschine, dienen sollte. Da auch hinsichtlich im Laufe des Geschäftsjahres 1890 irgend welche Ausgaben für Beschaffung dieser Maschine nicht gethätigt worden sind, so konnte die von den Ueberfällen entnommene Bilanz nur als ein Spezialverrechnungsbogen angesehen und mit Recht dem steuerpflichtigen Einkommen hinzugezählt werden.

61. V. A. 1590 v. 28. October 1893. a. Für die Bildung der Veranlagungs-Commissionen ist nur die mögliche Berücksichtigung der verschiedenen Arten des Einkommens, nicht der Steuerhöflichkeit als solcher vorgeschrieben. Die von der Behörde führenden Centen angesprochene Rüge, es hätten die im Kreise befindlichen Actiengesellschaften u. s. w. entgegen der Vorschrift in § 24 des Gesetzes keine Vertretung in der Veranlagungscommission gefunden, ward als des gesetzlichen Grundes entbehrend zurückgewiesen. b. Eine der Nachsteuer ausstehende Rechtskraft der Veranlagung — abgesehen von der Verzögerung der Steuerhöflichkeit — besteht dem State gegenüber nicht; steht objectiv fest, daß die Veranlagung zu einer zu niedrigen Stufe stattgefunden hat, so ist das Recht der Nachforderung der Steuer nach § 80 des Gesetzes auch dann nicht verloren, wenn eine Berichtigung der Steuerfestsetzung im Nachmittelswege zu erreichen war, aber nicht verübt ist. In dem beschlagnahmten Verfahren ist der Steuerhöflichkeit die richtige Veranlagung zu stellen, nach Vorhergehend zu bestimmen, andererseits darf die bei der ersten Veranlagung richtig festgesetzte Grundlage für die Berechnung der unbestimmten oder schwankenden Einnahmen (Art. 62) nicht verändert werden.

Vorliegend war eine Kleinigkeit zunächst mit 510 M. Steuer veranlagt und legte dagegen Verurteilung ein. Bevor diese entschieden ward, fand sich bei abermaliger Durchsicht der Jahresabschlüsse, daß die Veranlagung Abzüge für 2 Jahre ausgelassen hatte, während hauptsächlich nur 1 1/2 Jahre in Berechnung zu stellen waren. Nach Berichtigung dieses unrichtige Annahme verurtheilten Fehlers berechnete sich die Steuer auf 810 M., welcher Satz durch anderweitigen Beschluß der Veranlagungscommission festgesetzt wurde. Verurteilung und Beschwerde gegen letzteren Beschluß wurden zurückgewiesen.

Der nach Art. 852 der Ausf.-Vmm. nachfolgende Zweifel, ob die nachträgliche Berichtigung eines Fehlers der Veranlagung auch ohne den Weg der ordentlichen Rechtsmittel zulässig ist, wird hierdurch beseitigt.

Verurtheilte.

* (Eine böhmische Kaisertrone) hat der Aufseher F. Edelmann aus Hofe vor kurzem dem Kaiser überreicht. Das Kunstwerk, aus 507 Weidenblättern und einem Kiefernholz gefertigt, wobei die Höher weder genagelt noch gebunden sind, hat die Anerkennung Kaiser Wilhelms gefunden und es sind Herrn Edelmann 30 Mark als Gönnergehalt und der Veranlagung des Monarchen gesandt worden. Herr Edelmann hat an dem Kunstwerk volle drei Monate gearbeitet.

* (Aus dem Feinher) Die 17jährige Tochter einer Frau G. in der Prenzlauerstraße in Berlin war im Begriffe, ihren alljährlichen Lohn nach dem Geschäft anzutreten, als sie einen Wortwechsel mit ihren Angehörigen hatte, welche ihr wegen einer Kleinigkeit Vorhaltungen machten. Die unglückliche Mägdle schickte sich hiernach aus dem Fenster der dritten Etage auf die Straße hinab. Sie wurde mittels des Nachhins Krankenwagen nach dem israelitischen Krankenhaus übergeführt, wo ein Verbruch und innerer Verletzungen festgesetzt wurden. Die Verletzungen sind derart, daß die Hoffnung auf Erhaltung des Lebens ausgeschlossen scheint.

* (Ein spätes Gekindnis.) Vor mehr als 30 Jahren wurde ein Bürger von Witten, damals noch ein junger Mann, zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt, weil er im Streite einen Mann erschlagen haben sollte. Ein hiesiger Oberbörger hat nun dieser Tage auf des Nachhins Krankenwagen, daß er, der damals Hauptbeschuldigte war, der Mörder gewesen und zwar unschuldig verurtheilt worden sei. Mit dem so lange Jahre schwer Geprüften hat man allgemein Mitleid.

* (Tragisches Ende.) Gleich bei Beginn des Semesters ist in Tübingen ein blühendes hoffnungsvolles Studentenleben auf tragische Weise beendet worden. Der 23jährige Candidat der Medizin Anton Wolfstetter aus Hüllingen hatte sich bei seiner Berufstätigkeit in der Frauenklinik eine Wundverletzung zugezogen, die in wenigen Tagen seinen Tod herbeiführte.

* (Bei der Explosion) folgender Wetter im Plutohacht bei Brügge wurden nach den amtlichen Erhebungen 19 Vergeltete, darunter 8 Familienväter mit zusammen 18 Kindern, getödtet und 2 leicht verletzt. Infolge des Grundbrandes mußte die Unglücksstätte vermauert werden, weshalb die Ursache der Explosion noch nicht festgestellt werden kann. Man vermutet Selbstzündung.

* (Ein Turteltauer Vulkan) hat auf der Insel Andernitz stattgefunden; der Ausbruch war von einem heftigen Erdbeben begleitet. Durch gewaltige Lavaergüsse wurden alle Plantagen auf der einen Seite der Insel zerstört und zahlreich Menschenleben sind bei der Katastrophe zu Grunde gegangen.

* (Beifallsucht.) Vor einigen Tagen wurde in einer Berliner Nervenklinik ein junger Mann vorgestellt, der an einer Krankheit litt, die man Zweifelsucht nennt. Die Krankheit bildet eine selbstthätige Krankheit. Der Patient behauptet, daß er auf der Straße sei, lebend um weitem Zweifel gepakt werde, ob er die Lampe angezündet habe oder nicht. Er muß dann jedesmal untergehen, um sich immer von neuem davon zu überzeugen. Dasselbe begegnet ihm auch bei den verschiedensten Verrichtungen des täglichen Lebens, u. a. beim Briefschreiben. Einen bereits beschlossenen Brief muß er immer wieder öffnen, da er in Unruhe verzeht, ob er nicht etwas Unflätiges auf's Papier gemurmelt habe. So Tag und Nacht von Zweifeln geplagt, kommt er sich vor wie ein geistes Mist, das nirgends Ruhe noch Schlaf finden kann. Dieses Leiden ist schwer zu heilen, aber wohl zu heilen. Nach längerer Zeit geht es oft in ein anderes Stadium über. Die Kranken verzeht in Angst, wenn sie etwas widerfahren sollte, die glauben, daß ihnen dadurch Unheil widerfahren könnte. Dieses Leiden dauert anwachsen mit der Zweifelsucht viele Jahre.

besteht sich zu Zeiten und nimmt dann wieder zu. Solltommene Heilung ist selten.

* (Das geschickte Witzige) Abgesehen von Wapier gelbt und Verbleichen des Fingers an der Hand, hat einem Bankbeamten das Leben gekostet. Nach dem „Gorvependsblatt für Bohmische“ hatte ein 28jähriger Beamter eines Wiener Bankhauses kürzlich eine bedeutende Anzahl seiner Wapiergeld-Bedekte zu gählen, wobei er wiederholt den Finger an der Unterlippe nach machte. Aus Wund empfand er einen stechenden Schmerz an der Lippe, beachte dies jedoch nicht eher, als bis sich auf seiner Stelle eine Geschwulst entwickelt hatte. Auf Ansuchen seiner Familie consultirte er den Chirurgen Prof. Weinlechner, welcher sofort die operative Entfernung des Tumors für unerlässlich und den Fall für äußerst bedenklich erklärte. Die Operation wurde ausgeführt, die Schmerzen ließen nach, allein nach Ablauf von drei Tagen starb der Patient.

* (Aus dem dänischen Königshaus) meldet ein schwedischer Blatt eine Sensationsnachricht: Die Prinzessin Waldemar (geborene Marie von Orleans) werde nicht mehr nach Dänemark zurückkehren, und aus dem Königshaus austreten, d. h. sich von ihrem Manne scheiden lassen. Thatsächlich ist die Prinzessin schon seit einem halben Jahre aus Dänemark, und sie war auch nicht bei der silbernen Hochzeit ihres Schwagers, des Kronprinzen anwesend, was großes Aufsehen erregte, zumal, da sie sich damals im Lande selbst, in dem Badorte Jomo aufhielt. Später reiste sie zu ihrer Familie nach Frankreich, wo sie sich noch aufhielt. Die Prinzessin, die im 29. Lebensjahre steht, ist seit 1885 mit dem jetzt 36-jährigen Prinzen Waldemar, dem jüngsten Sohn des Königs von Dänemark, verheiratet. Dieser Verbindung entstammen drei Kinder.

* (Staatsanwalt und Referendar.) Zu einer großen rheinischen Stadt hat sich nach der „Frankf. Zig.“ folgende Geschichte vor einigen Tagen bei einem lamercschäftlichen Feste dortiger Mehrere-Offizieregetragen. Treffen dort ein Staatsanwalt, der Mittheiler der Referere ist, und ein bei ihm arbeitender Referendar, der es erst zum Referendar d. R. gebracht hat, in Uniform zusammen. Der Herr Referendar hat sich, seinen geistlichen Herrn Chef, den er mit „Herr Staatsanwalt“ anredet, in Uniform begrüßen zu können. „Herr Referendar“, erwiderte erhalt der Herr Staatsanwalt, „wird hier in rein militärischer Gesellschaft; hier bin ich für Sie der Herr Mittheiler, nicht der Staatsanwalt. Werten Sie sich das für die Zukunft!“

Gerichtsverhandlungen.

— Stendal, 9. November. Der Gutbesitzer Förster in M.-Willingen litt seit dem Jahre 1888 an wiederholten Krämpfen. Nach verschiedenen vergeblichen Kurversuchen hat er dem Wägenmeister Carl Schulz in die Hände, der ihm zu helfen versprach. Zunächst gab Schulz aus einem Fläschchen, das er mit M.-Willingen brachte, dem Förster Tropfen ein. Dann besprach er die Krankheit und zwar in der Weise, daß er dem Förster über den entzündeten Oberkörper ein Laken hing, dieses mit einer flüchtigen Substanz bestrich und dabei unerschrockene Worte murmelte. Dann reiste er mit Förster nach Stendal, nach Anordnung und wieder nach Stendal, führte Förster dort jedesmal auf den Kirchhof an ein offenes Grab und ließ ihn dreimal eine bestimmte Sammlung verrichten. Nunmehr reiste der Kurpfleger allein nach Magdeburg, um von dort noch ein Mittel zu beschaffen, Förster gab ihm zu diesem Zwecke 70 M. mit und schickte dem Schulz auf dessen Verlangen nach drei Tagen weitere 30 M. Einige Tage später trafen sich Beide in Stendal, Förster erhielt eine zugewandte leberne Tablette in welcher vornehmlich Eisen enthalten waren) mit der Meinung, die Tablette sei auf der Brust zu tragen. Der Schwindel hörte, an der Erhaltung des Schulz während dessen achtzigstägigen Aufenthaltes im Hause Försters die etwa 180 M., gepöht hat aber die ganze Kur nicht. Die heilige Straßmann hat jetzt den Wunddoctor Schulz, der übrigens schon vorher bezahlt ist, zu 1 Tode Antheils, 300 Mark Geldstrafe und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Börsen-Berichte.

Salle, 13. November. Preise mit Anschluß der Prallegebühr für 1000 kg netto. Weizen, ruhig, 112—126 M., auf und feinsten märkischer über Noth, Raubweizen 114—121 M. Roggen, fest, 119—123 M. Gerste, Bran, 135—165 M., feinste bis 170 M., Futter 96—115 M. Hafer, märkischer, 120—136 M. Mais, amerikanischer Weizen, ohne Handel, Donanmais 114—118 M. Raps ohne Handel, Rüben — M. Erbsen Victoria, flau, 150—170 M. Sämmtliche vorstehende Produkte in feinsten Beschaffenheit wesentlich billiger. Preise für 100 kg netto. Kammeln, ausländ. prima, — Mark. Stärke, einseitig Feß, Salische grade Weizen 32,00—34,00 M., nach Qualität bezahlt. Maltsstärke, einseitig Feß, 31,50 bis 32,50 M. Bienen — M. Vohnen 18—21 M. Kleefanten: — Mohn, flau 32—34 M. Futterartikelmäßig, Futtermehl 11,00—11,50 M. Roggenkleie 7,75 bis 8,25 M. Weizenkleie 6,50—7,00 M. Malzkeime, helle, 9,50—10,00 M., dunkle 7,50—8,50 M. Kleinfen 10,50 bis 11,00 M. Mais 25,50 bis 27,50 M. Haber — M. Barometer 19,50 M. Solar 0,825/809 11,50 M.

Wichtige Beschäftigung bringt, wie allgemein bekannt, eine Stärkung der Verdauung, die Beschäftigung mit sich. Wird diese nicht befolgt, wird die tägliche Verdauung gestört, so sind ernsthafte und langwierige Erkrankungen die unausbleibliche Folge. Nur wenige Feinlinge täglich erfordert der Gebrauch der räthlichst empfohlenen Apolliter Nahrungsmittel, durch welche auf angenehme und unschädliche Weise die Regulierung der Verdauung erfolgt. Erhältlich a. Schachtel M. 1 in den Apotheken. Die Feinheitsprobe der ächten Apolliter Nahrungsmittel sind: Schachtel M. 1 in den Apotheken. Die Feinheitsprobe der ächten Apolliter Nahrungsmittel sind: Schachtel M. 1 in den Apotheken. Die Feinheitsprobe der ächten Apolliter Nahrungsmittel sind: Schachtel M. 1 in den Apotheken.



Merseburger Correspondent.

Erstausg.
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftskasse: Deuben Nr. 5.
Telephonanschluss Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:
Unverändertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pfg. durch den Herumträger.
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 224.

Mittwoch den 14. November.

1894.

Der neue Landwirthschaftliche Minister.

Das mit dem Rücktritt des Grafen Caprivi der letzte Schusswall gegen das Uebergewicht der Agrarier gefallen ist, wird nach der Ernennung des Frh. v. Hammerstein-Lortzen zum Nachfolger des Herrn v. Heyden wiederum in Zweifel ziehen. Man sagt, auch Herr v. Heyden sei bei seiner Ernennung zum Minister mit Misstrauen aufgenommen worden seitens aller derjenigen, welche zwar die Förderung der Interessen der Landwirtschaft für notwendig erachten, aber verlangen, daß in der Gesetzgebung wie in der Verwaltung die Interessen von Landwirtschaft, Handel und Industrie gleichmäßig berücksichtigt werden, während die Agrarier davon ausgehen, daß die Interessen der letzteren erst in zweiter Linie Beachtung finden dürfen, daß aber Handel, Industrie und Gewerbe zurückzutreten haben, bis für das wichtigste Gewerbe, das landwirthschaftliche hinlänglich gesorgt ist. Das ist nicht richtig. Herr v. Heyden trat an die Stelle des Herrn v. Lucius, weil dieser die Herabsetzung der Getreidezölle in den Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn im Interesse der Landwirtschaft, insbesondere des Großgrundbesitzes ablehnte. Herr v. Heyden war einverstanden mit der Getreidezollerhöhung, die unvermeidbar war zur Vereinbarung des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn. Frh. v. Hammerstein aber hat schon damals den Landwirthschaftsroth zu einem Protest gegen die Zollerhöhung veranlaßt, stand also auf demselben Boden wie Minister Lucius. Seitdem sind die Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und Rußland zu Stande gekommen und da die landwirthschaftlichen Zölle nun einmal bis Ende 1903 festgelegt sind, verlangen die Agrarier, immer unter Berufung auf die Noth der Landwirtschaft, zunächst weitere Zuwendungen auf Kosten der Allgemeinheit an die landwirthschaftlichen Nebengewerbe, die Branntweindreherei und die Zuckerindustrie. Was das letztere Project einer Branntweindreherei, d. h. der Einführung des Branntweindreherei betrifft, so ist über die Stellung Hammersteins zu demselben bisher nichts bekannt. Desto offenkundiger aber ist seine Stellung zu den Forderungen der Zuckerindustrie, welche er vor Kurzem als Vorsitzender des ständigen Ausschusses des deutschen Landwirthschaftsrathes dem Reichstagler vorgebracht hat. Was diese Industriellen verlangen, ist abgesehen von den Zollfragen gegen Amerika, eine Reform der Zuckersteuer im Sinne der Wiedereinführung der Rübensteuer behufs Gewährung dauernder und höherer Prämien. Dieser Forderung hat Herr v. Hammerstein nicht nur zugestimmt. Er ist der eigentliche Urheber dieses neuen Steuerprojectes. Im März v. J. hatte Minister von Heyden das preussische Landesökonomiecollegium zur Erörterung der Frage berufen, welche Einwirkungen das Gesetz vom 31. Mai 1891 bei der Besteuerung des Zuckers sind bisher hervorgerufen? Dieses Gesetz hat bekanntlich die Rübensteuer ganz aufgehoben und die Verbrauchssteuer erhöht. Um den Zuckerindustriellen den Uebergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern, werden bis zum 31. Juli 1897 Ausfuhrzuschüsse nach einer sinkenden Scala gewährt. Daß dieses Gesetz die Zuckerindustrie zu Grunde gerichtet habe, konnten selbst die Agrarier nicht behaupten; desto schrecklicher lauteten ihre Prophezeiungen für die Zukunft. Unter allen Umständen soll der Wegfall der Prämien verhindert werden. In dieser Beratung nun stellte Frh. v. Hammerstein, der jetzige landwirthschaftliche Minister den Antrag: der Herr Minister wolle schon jetzt erwägen, ob nicht etwa nach dem Muster der in Frankreich bestehenden Besteuerung eine Besteuerung des Zuckerrübenbaues in Preußen (1) einzuführen ist, die neben Gewährung der erforderlichen Abgaben an den Staat geeignet ist, den Fortbestand des Zuckerrübenbaues und der damit in Verbindung stehenden Zuckerrübenindustrie in dem bisherigen Umfange und auf der bestehenden Grundlage sicher

zu stellen. Und dieser Antrag wurde angenommen. Man weiß man, daß Frankreich die reine Fabricationsprämie nach Maßgabe der erzielten Ausbeute eingeführt hat, die dem Produzenten ausgezahlt wird, wenn er seinen Zucker in das Entrepot liefert; ganz gleichgültig, ob der Zucker im Inlande verbraucht oder exportirt wird. Daß dieser Vorschlag des Frh. v. Hammerstein den vollen Beifall der Zuckerproduzenten hat, versteht sich von selbst. Der Consument aber muß bluten. Einen Commentar zu diesem Vorschlage liefert das Organ der deutschen Zuckerindustriellen, indem es von der enormen Prämie der französischen Zuckerfabrikanten gegenüber dem färglichen deutschen Exportzucker spricht. Die deutschen Zuckerproduzenten verlangen gleichfalls nach dieser „enormen Prämie“ und Frh. v. Hammerstein wird als Landwirthschaftsminister das Seine thun, ihnen dazu zu verhelfen.

Zu den Beisezungsfeierlichkeiten in Rußland.

Die Beisezung des Kaisers Alexander in Petersburg ist nach einer nach Kopenhagen gelangten Meldung auf Dienstag den 20. d. M. festgesetzt worden. Die Ankunft der Leiche in Petersburg und die feierliche Ueberführung nach der Peter-Pauls-Kathedrale ist auf Dienstag Vormittag festgesetzt. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht das Ceremonial der Ueberführung, welches aus nicht weniger denn 156 einzelnen Nummern besteht. Am Sonntag sind in Petersburg die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, der Erbprinz von Oldenburg und die Herzogin Wera von Württemberg eingetroffen. In Folge einer Einladung des Kaisers Nicolaus reist der Herzog von York am Montag nach Petersburg ab, um den Beisezungsfeierlichkeiten beizuwohnen. — Der finnlandische Senat, sowie viele finnlandische Corporationen sandten Kränze, die am Sarge Kaisers Alexander niedergelegt werden sollen. Ueber die Ankunft der Leiche in Moskau werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Die ge-

übrig ließen. Dabei gestatte er keiner Person einen besonderen Einfluß.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Mit der Frage der allgemeinen Abrüstung beschäftigte sich am Sonnabend das österreichische Abgeordnete-nhaus. Die von dem Abg. Schleifer beantragte Resolution, durch welche die Regierung aufgefordert wurde, in entsprechender Weise bei den befreundeten Regierungen die Idee der allgemeinen Abrüstung und die Einführung eines Völkervertrages anzuregen, wurde abgelehnt. Der Landesvertheidigungsminister bezeichnete im Laufe der Debatte die ungeheuren Rüstungen als ein Uebel der Zeit, dem gegenüber Oesterreich die Initiative nicht ergreifen könne. Oesterreich sei gewiß nicht an der Spitze der Bewegung und konnte die Beendigung der riesigen Belastungen und un-aufhörlichen Rüstungen nur begrüßen.

Rußland. Nach einer Petersburger Meldung der „Frankf. Zig.“ gilt es als wahrscheinlich, daß der Kriegsminister Bannowski der Minister des Innern Durnowo und der Oberprocurator des „Heiligen Synod“ Pobedonoszew zurück-treten werden. Durnowo werde jedoch von der Kaiserin gesüht. Auch der Rücktritt des Generals Beif, des Chefs des Post- und Telegraphen-Departements, und des Barons Toll, des gegenwärtigen Gouverneurs der Provinz Petersburg, ständen bevor. Von anderer Seite haben diese Meldungen indes keine Bestätigung erfahren. Die Antwort-telegramme des neuen Zaren auf Beileidungsbegehren des Kultusministers und Ackerbau-ministers ver-sichern ausdrücklich, daß bezüglich dieser beiden Herrschafts Jar Nicolaus die Bahnen seines verstorbenen Vaters innehalten wird. Eben darauf deutete auch das bekannte Telegramm des neuen Zaren an Pobedonoszew hin, und Pobedonoszew hatte unter Alexander III. gerade den größten Einfluß auf alle russischen Regierungsangelegenheiten.

Frankreich. An der Grenze des Tuat-gebiets im Südwesten von Algier haben Kämpfe zwischen französischen Soldaten und Eingeborenen stattgefunden. Letztere waren von einem maro-kanischen Agenten aufgereizt worden.

Holland. Den Holländern auf der Insel Lombok erwachen neue Schwierigkeiten. Nach einer Blättermeldung aus Batavia droht Distanf, er frühere balinesische Regierungsvorsteher auf Lombok, der mutmaßliche Urheber des Verfalls von Jatra-Negara, welcher nach Bali geflüchtet war, von dort mit seinen Anhängern nach Lombok zurückzukehren. Die holländischen Truppen in Malang sind gegen Bali mobil gemacht.

Türkei. Aus Armenien wissen englische Blätter, die in dieser Sache aber nicht ganz un-parteiisch sind, fortgesetzt von türkischen Grausam-keiten zu berichten. Nach der „Daily News“ wurden im Bezirk Saffun 25 armenische Dörfer von türkischen Truppen zerstört und angeblich 3000 Personen, darunter Frauen und Kinder, niedergemetzelt.

Ostasiatischer Kriegsschauplatz. Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz ist endlich die bestimmte Nachricht eingetroffen, daß Port Arthur von den Japanern erobert worden ist. Die Londoner Abendblätter vom Montag melden aus Shanghai: Nach einem Telegramm aus Tschifu haben die Japaner Sonntag früh Port Arthur ge-nommen, fast ohne Widerstand zu finden. Als die Japaner nach dem Bombardement zum Sturm vor-gingen, legten die Chinesen die Waffen nieder und ergaben sich. Wie verlautet, verließen der chinesische General mit dem Generalsstab und den anderen Oberoffizieren in der Nacht des 6. November die Forts und retteten sich auf einem Llobo und einem Dampfer. Vom Lande her war Port Arthur von jeder Verbindung abgeschnitten, seitdem die Befesti-gungen im Norden und Süden der schmalen Land-



Urtheil über die Genauigkeit der Farbenreue und die Bestimmtheit nichts zu wünschen